

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Mittw. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 10.

56. Jahrgang.
Sonntag, den 23. Januar

1909.

Der Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm II.

wird in diesem Jahre in herkömmlicher Weise gefeiert werden.
Dienstag, den 26. Januar 1909, abends 6 Uhr: Zapfenstechen.
Mittwoch, den 27. Januar 1909, früh 6 1/2 Uhr: Bedruf, ausgeführt von der hiesigen Stadtkapelle.
Die städtischen Gebäude werden besetzt.
Die hiesige Einwohnerschaft wird ersucht, auch ihrerseits zu einer würdigen Feier des Tages nach Kräften beizutragen.
Mittwoch nachmittags 1 1/2 Uhr findet im oberen Saale des Rathaushotels ein Festmahl statt. Preis des Gedeckes 3 Mark.
Die Kaiserlichen und Königlichen Behörden, sowie die Bewohner von Eibenstock und Umgegend werden zu diesem Festmahl ergebenst eingeladen.
Anmeldungen hierzu sind bis zum 25. dieses Monats bei Herrn Hotelier Schimmel zu bewirken.

Stadttrat Eibenstock, den 18. Januar 1909.

Hesse.

Müller.

Hundesteuer.

Nach dem Kostengesetz vom 30. April 1906 für die Behörden der inneren Verwaltung

sind neben der Hundesteuer noch — **Mk. 30 Pfg.** Gebühren für jede Hundesteuer-
marke zu bezahlen.

Diese Gebühren werden von 1909 ab mit erhoben.

Stadttrat Eibenstock, den 19. Januar 1909.
Hesse.

Hg.

Die für das Jahr 1909 erbetenen **Verschuldscheine** für das Königl. Staatsforstrevier Eibenstock können an Ratsstelle — Polizeiregistratur — abgeholt werden.
Eibenstock, den 20. Januar 1909.

Der Rat der Stadt.
Hesse.

L.

Die Hundebesitzer hiesigen Ortes werden hiermit veranlaßt, die Hundesteuer — 5 Mk. für jeden Hund und 30 Pfg. Gebühr für die Steuerkarte — auf das Jahr 1909 bei Vermeidung des Zwangsvollstreckungsverfahrens **bis zum 10. Februar 1909** an die hiesige Steuerentnahme abzuführen.

Der Gemeinderat zu Schönheide.

Eine bedeutsame Kanzlerrede.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der Reichskanzler Fürst Bülow wieder eine politisch bedeutungsvolle Rede gehalten, in der er, ausgehend von der preussischen Finanzlage, die politische Lage erörterte. Er nahm zunächst das von allen Vorrednern erörterte Thema Sparsamkeit auf und wiederholte die von ihm schon im Reichstage betonte Notwendigkeit der Rückkehr zur altgewohnten Sparsamkeit, doch dürfe nicht auf Kosten der Schlagfertigkeit und des Friedens des Landes gespart werden. Uebergehend zur finanziellen Misere, sprach er die Ansicht aus, daß daran auch die Parlamente Schuld hätten, und knüpfte daran unter lebhafter Zustimmung die Mahnung an die Abgeordneten, aufzuhören, immer auf neue Ausgaben zu drängen, nur um sich bei den Wählern lieb zu machen. In ruhigen, aber eindringlichen Worten wandte sich sodann Fürst Bülow gegen die Abneigung gegen die Einführung einer Nachlasssteuer, die für die Durchführung der Reichsfinanzreform unerlässlich sei. Er richtete deshalb an die Rechte des Hauses und an die Vertreter der Landwirtschaft im Hause sowie an die Landwirte im Lande draußen die Bitte, der dira necessitas Rechnung zu tragen.

Zur Beamtenfrage übergehend, erklärte Fürst Bülow, daß er Beamte, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen sollten, niemals dulden werde. Im Anschluß daran verbreitete er sich dann über die Stellung der politischen Beamten, die verpflichtet wären, die vom Kaiser gebilligte Politik der Staatsregierung zu vertreten. Ferner ging der Kanzler auf die Besprechungen über das im „Daily Telegraph“ enthaltene Kaisertelegramm aus. Pflicht des verfassungsmäßig verantwortlichen Reichskanzlers und Ministerpräsidenten sei es, den Träger der Krone zu decken. Dieser Verpflichtung habe er sich niemals entzogen. In dieser Ueberzeugung lasse er sich nicht irre machen, auch nicht durch einfältige oder perfide Zeitungsartikel, durch Klatsch und Lamentation. In dieser seiner Pflichterfüllung werde er nicht erlahmen, so lange er die Verantwortung trage für die Geschäfte des Landes. Die Liebe zum Vaterlande, die Treue zum Königshause wiesen ihm den Weg vor, den er zu gehen habe.

Zum Schluß wandte sich Fürst Bülow gegen den mehrfach erhobenen Vorwurf, daß er nicht energischer gegen die Sozialdemokratie vorgehe. Er sei sich seiner Pflicht gegenüber der Sozialdemokratie wohl bewußt, müsse aber doch daran erinnern, daß es nicht an gesetzgeberischen Versuchen gefehlt habe, die Auswüchse der Sozialdemokratie zu bekämpfen; diese Versuche seien aber nicht an der Regierung, sondern an der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien gescheitert. Uebrigens sei das Vorgehen auf gesetzgeberischem Wege und mit politischen Mitteln auch kein Allheilmittel. Worauf es ankomme, sei, daß alle diejenigen, die nicht wünschen, daß die Sozialdemokratie unsere bürgerliche Gesellschaftsordnung stürzt, dafür sorgen, daß die Regierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie unterstützt wird. „Dazu gehört auch“, so schloß Fürst Bülow, „daß die bürgerlichen Parteien Maß halten in ihrer Kritik, und daß sie nicht durch eine übertriebene Kritik die Autorität schwächen, die sie doch stärken müßten. Ihre giftigsten Pfeile, ihre schärfsten Waffen bezieht die Sozialdemokratie aus den Köchern der bürgerlichen Presse, aus den Arsenalen der bürgerlichen

Parteien. Die Kritik darf nicht so weit gehen, daß die Achtung vor der Regierung, die Ehrfurcht, die Treue vor dem Throne dadurch erschüttert wird. Ich scheue mich aber nicht, es auszusprechen, daß in dieser Richtung in den letzten Jahrzehnten furchtbar gesündigt worden ist. Man hat keinen Anstand genommen, auch Vorurteilen, Leidenschaften und Irrtümern Rechnung zu tragen. Man hat oft gesagt, Revolutionen werden von oben gemacht. Sicher ist: die Welt hat noch keine Revolution gesehen, bei der die Massen nicht von oben und unten in Bewegung gesetzt wurden. Man mag an die große französische Revolution denken, zu der in hohem Maße die Genußsucht, die Frivolität der oberen Kreise beigetragen haben. Ich weiß aber wohl, daß keine Parallele möglich ist zwischen unseren Zuständen und den Zuständen vor der französischen Revolution. Aber lernen sollen wir aus der Geschichte. Wir sollen in allen Kreisen und an allen Stellen stark, bescheiden, einfach und tüchtig bleiben. Dann werden die Söhne behaupten, was die Väter erworben haben. — Lebhafter Beifall folgte dieser bedeutungsvollen Kanzlerrede, die sicherlich einen nachhaltigen Eindruck im ganzen Lande hinterlassen wird.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser wohnte am Donnerstag einer Besichtigung von Rekruten des 1. Gardebregiments in Potsdam im Exerzierhause, dem sogenannten „Langen Stall“, bei, deren Beschluß ein Paradezug bildete. Der oberste Kriegsherr entsprach sodann einer Einladung des Offizierkorps zum Frühstück und lehrte nachmittags um 2 Uhr nach Berlin zurück, wo derselbe noch mehrere Audienzen erteilte. — Die Ankunftsbesuche des englischen Königs paares in Berlin dürfte am Dienstag den neunten Februar, in den Mittagsstunden erfolgen. Für die Festsetzung und Einhaltung des definitiven Programms wird natürlich die Bitterung von großem Einfluß sein. Bleibt der gegenwärtig in Berlin herrschende Nebel, dann wird überhaupt nicht viel zu sehen sein. Am Mittwoch war es stockdunkel, gestern Donnerstag nur wenig besser.

— Staatssekretär Dernburg hielt am Donnerstag abend im großen Sitzungssaale des Reichstages seinen angekündigten Kolonialvortrag über die Entwicklung unserer Schutzgebiete, in dem er seine Hoffnung von einem günstigen Vorwärts-Gehen der verschiebenen industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen mit den bekannten Tatsachen belegte. Der Diamantenhandel in Deutsch-Südwest-Afrika findet immer größere Beachtung, so daß ernste Absichten auf die Errichtung eines Diamanten-Syndikats bestehen. Herr Dernburg ist aber kein Freund eines solchen Monopols und er hat damit vollständig Recht.

— Mit dem an den Folgen des neulich erlittenen Schlaganfalles verstorbenen Grafen Hompesch ist der älteste Reichstagsabgeordnete gestorben. Er gehörte auch schon dem norddeutschen Reichstage an. Seit 1870 vertrat er ununterbrochen den Wahlkreis Dürren-Jülich. Außer dem soeben verstorbenen Zentrum-Mitgliede lebt nur noch ein einziger Volksvertreter, der schon dem norddeutschen Reichstage angehörte, der Abgeordnete Bebel.

— Ueber die Frage, wann das neue 25-Pfennig-Stück in den Verkehr gelangen

wird, erfährt die „Post“, daß vor Sommer dieses Jahres eine Ausgabe der neuen Münzen nicht zu erwarten ist. Nach der Entscheidung, welcher Entwurf zur Ausführung kommen soll, wird zunächst im Reichsschatzamt ein Entwurf ausgearbeitet, der sich auf die Beschaffenheit der Münze und ihre künstlerische Ausgestaltung bezieht. Diese Vorlage geht dann an den Bundesrat, der sich vielleicht im Februar oder März mit ihr befassen und eine entsprechende Entscheidung treffen wird. Da nun nach der Beschlussfassung des Bundesrats noch eine geraume Zeit vergehen wird, bevor die Herstellung der Stempel u. vollendet ist, so wird man nicht vor Sommer mit der Inkurssetzung der 25 Pfennig-Stücke rechnen können.

— Oesterreich-Ungarn. Die Regierung brachte die Vorlage über die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät in Wien ein. Daß die Fakultät nicht in Triest errichtet wird, begründet die Regierung mit dem starken Einschlag slowenischer Bevölkerung dort und im Küstenlande, was zu neuen Reibungen und Kämpfen zwischen italienischen und slowenischen Studenten führen müßte. Auch habe sich der Reichsrat bereits mit großer Mehrheit gegen die Errichtung der Fakultät in Triest ausgesprochen.

Kunmehr soll auch die tschechische Agitation in Niederösterreich energisch betrieben werden. Die Tschechen planen auch in Niederösterreich das in Deutschböhmen durch die Schwäche der Regierung mit Erfolg praktizierte Mittel des Schulstreikes anzuwenden. Eine große tschechische Versammlung nahm kürzlich eine Resolution zugunsten des Schulstreiks an. Die Bestrebungen der Tschechen werden auch in Niederösterreich von den Sozialdemokraten unterstützt.

— England. In Halifax hat der englische Kriegsminister Salbanc eine Rede über Verminderung der Rüstungen gehalten, in der er ausführte, Großbritannien habe die Führung übernommen in dem Bestreben, die Ausgaben für Rüstungen zu vermindern. Mit der Zeit würden die Nationen anerkennen, daß die gewaltigen Ausgaben im Interesse des Friedens und sozialer Reformen wohl herabgesetzt werden könnten; solange aber die Nationen nicht zu dieser Erkenntnis gekommen seien, sei es unzulässig, die Vorbereitungen zur Verteidigung des Landes zu vernachlässigen.

— Persien. Aus Petersburg wird eine schwere Niederlage der persischen Revolutionäre gemeldet; ihre Hochburg Tabris ist gefallen. Den Truppen des Schahs soll es endlich gelungen sein, die Revolutionäre zu besiegen und Tabris einzunehmen. Massenmordungen finden dort im Namen des Schahs statt. Viele Bewohner fliehen über die russische Grenze, wo viel russisches Militär bereit steht, um einzuschreiten, sobald Europäer angegriffen werden oder das Blutvergießen um sich greifen sollte.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. Eine Internationale Volkskunst-Ausstellung ist am 20. Januar in Berlin, Poststraße 32, eröffnet worden. Die Ausstellung soll, wie bereits von uns erwähnt, soweit wie möglich die Volkskunst in ihrer geschichtlichen Entwicklung vorführen und feststellen, was von dem Schatz überkommener Formen und künstlerischen Empfindens alter Zeit sich in die Gegenwart gerettet hat. Auch von Sachsen aus ward die Ausstellung in bedeutsamer Weise besichtigt. Unser Eibenstock mit seiner früheren und jetzigen Textilindustrie ist dabei würdig vertreten.